

Fragen

**für die Fragestunde der 39. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 9. April 2003**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	43, 44	Dr. Kolb, Heinrich L. (FDP)	56
Binninger, Clemens (CDU/CSU)	45, 46	Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	26, 27
Braun, Helge (CDU/CSU)	6	Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	47, 48
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	37, 38	Laurischk, Sibylle (FDP)	12, 13
Deß, Albert (CDU/CSU)	7, 8	Lenke, Ina (FDP)	51
Dörflinger, Thomas (CDU/CSU)	18, 19	Lensing, Werner (CDU/CSU)	57, 58
Eichhorn, Maria (CDU/CSU)	10, 11	Dr. Löttsch, Gesine (fraktionslos)	54, 55
Fischer, Hartwig (Göttingen) (CDU/CSU)	25	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	53
Fromme, Jochen-Konrad (CDU/CSU)	52	Niebel, Dirk (FDP)	3
Gewalt, Roland (CDU/CSU)	14, 15	Pau, Petra (fraktionslos)	49, 50
Girisch, Georg (CDU/CSU)	20	Segner, Kurt (CDU/CSU)	33, 34
Gönner, Tanja (CDU/CSU)	4, 5	Dr. Solms, Hermann Otto (FDP)	39, 40
Heinen, Ursula (CDU/CSU)	23, 24	Dr. Stinner, Rainer (FDP)	1, 2
Dr. Jahr, Peter (CDU/CSU)	31, 32	Vogel, Volkmar Uwe (CDU/CSU)	28, 29
Kampeter, Steffen (CDU/CSU)	41, 42	Wanderwitz, Marco (CDU/CSU)	16, 17
Klößner, Julia (CDU/CSU)	9, 30	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU)	21, 22
Köhler, Kristina (Wiesbaden) (CDU/CSU)	35, 36		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	9
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes .	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit	13

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

1. Abgeordneter
Dr. Rainer Stinner
(FDP)

Welches Ergebnis haben die Anstrengungen des Bundesministeriums der Verteidigung erzielt, die fehlenden Sprachlehrerdienstposten für die Pflichtsprachausbildung in Englisch an den Universitäten der Bundeswehr, insbesondere an der Hochschule der Bundeswehr in München, einzurichten (vgl. Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Verteidigung, Walter Kolbow, vom 4. Februar 2003 auf meine schriftliche Frage 57 auf Bundestagsdrucksache 15/414)?
2. Abgeordneter
Dr. Rainer Stinner
(FDP)

Wie stellt die Bundeswehr sicher, dass trotz fehlender Pflichtsprachenausbildung die studierenden Offiziere alle Sprachkenntnisse haben, die für einen multinationalen Einsatz erforderlich sind?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

3. Abgeordneter
Dirk Niebel
(FDP)

Auf welche Erkenntnisse stützt sich die Bundesregierung bei ihrem Appell an die beteiligten Konfliktparteien im Irak, also auch an die USA und die alliierten Verbündeten, auf den Einsatz von Massenvernichtungswaffen zu verzichten (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. März 2003)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

4. Abgeordnete
Tanja Gönner
(CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie hoch die Kosten sind, die durch die gemäß der Änderung der Insolvenzordnung zum 1. Dezember 2001 geschaffene Möglichkeit, für ehemals selbstständige Privatpersonen ohne vorheriges Durchlaufen eines außergerichtlichen Planverfahrens direkt ein Regelinsolvenzverfahren zu eröffnen und dabei hinsichtlich der Kosten eine Stundung zu erlangen, entstehen, und plant die Bundesregierung Änderungen in der Durchführung dieser Verfahren vorzunehmen?

5. Abgeordnete
Tanja Gönner
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung, nachdem deutsche Insolvenzrichter und -rechtspfleger in einem Aufruf die Bundesregierung im vergangenen Jahr aufgefordert haben, für die Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der Insolvenzgerichte Sorge zu tragen, derzeit eine Novellierung der Insolvenzordnung im Bereich des Verbraucherinsolvenzverfahrens, und wenn ja, in welche Richtungen gehen die geplanten Regelungen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft**

6. Abgeordneter
Helge Braun
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die auf der beim Weltkindergipfel der Vereinten Nationen (UN) vom 8. bis 10. Mai 2002 getroffene Feststellung, dass Deutschland die Resolution der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vom September 1990, den Mangel an Jod in der Nahrungsaufnahme der Bevölkerung – insbesondere der Kinder – bis zum Jahr 2000 zu beseitigen, nicht erfüllt hat, und welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um in der Nachfrist bis 2005 die Resolution zu erfüllen?
7. Abgeordneter
Albert Deß
(CDU/CSU)
- Welche Belege hat die Bundesregierung für die Behauptung der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, dass in Bayern die vielen kleinen mittelständischen Molkereien die Milchbauern gegeneinander ausspielen und dass im Ackerbereich die Bauern so viel verdienen, dass sie im Zweifelsfall im Winter mehrere Monate Urlaub machen können (Plenarprotokoll 15/34, S. 2838 B)?
8. Abgeordneter
Albert Deß
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass der Bundesratsbeschluss 61/03 vom 14. März 2003 zur Reform der gemeinsamen Agrarpolitik nach dem Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBLG) für sie bindend ist, und wenn nein, mit welcher Begründung?

9. Abgeordnete
**Julia
Klößner**
(CDU/CSU)

Welche Initiativen gehen von der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, und dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin, gemeinsam aus, um das Ziel, den Güter- und Postverkehr verstärkt von der Straße auf die Schiene zu verlagern, zu erreichen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

10. Abgeordnete
**Maria
Eichhorn**
(CDU/CSU)

Wie ist der Vorschlag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) zur Verkürzung der Elternzeit mit der Wahlfreiheit von Eltern zu vereinbaren, Familie und Erwerbstätigkeit ihren Wünschen entsprechend gestalten zu können (vgl. ddp-Meldung vom 3. März 2003)?

11. Abgeordnete
**Maria
Eichhorn**
(CDU/CSU)

Auf welchen Betrag soll das Erziehungsgeld im ersten Jahr der Elternzeit angehoben werden, um das vom BMFSFJ und vom DIHK angestrebte Ziel, einen möglichst hohen Teil des Lohnes im ersten Jahr der Elternzeit zu ersetzen, erreichen zu können (vgl. ddp-Meldung vom 3. März 2003)?

12. Abgeordnete
**Sibylle
Laurischk**
(FDP)

Liegen der Bundesregierung Zahlen über den Adoptionskinderhandel in der Bundesrepublik Deutschland vor, und sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, sich als Aufnahmestaat im Rahmen des Adoptionskinderhandels in den Herkunftsländern der Kinder zu engagieren, um zum Aufbau adäquater Verwaltungsstrukturen und zur Besetzung fachlicher Stellen mit qualifizierten Kräften beizutragen?

13. Abgeordnete
**Sibylle
Laurischk**
(FDP)

Gibt es Initiativen der Bundesregierung auf internationaler Ebene, den internationalen Kinderhandel über das Internet einzudämmen, und wie kann die internationale Zusammenarbeit von Ermittlungsbehörden verbessert werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

- | | |
|---|---|
| 14. Abgeordneter
Roland
Gewalt
(CDU/CSU) | Wie stellt die Bundesregierung die Verwendung der für die Hauptstadtssicherheit zweckgebundenen Bundeszuschüsse an das Land Berlin in Höhe von ca. 38,4 Mio. Euro sicher? |
| 15. Abgeordneter
Roland
Gewalt
(CDU/CSU) | Führt die Bundesregierung Verhandlungen mit dem Berliner Senat über eine Übernahme von Kosten für Sicherheitsmaßnahmen bei Staatsbesuchen, die bislang im Wesentlichen das Land Berlin trägt? |
| 16. Abgeordneter
Marco
Wanderwitz
(CDU/CSU) | Wann legt die Bundesregierung die Einzelfallabwägungen und die zugrunde liegenden konkreten Berechnungen vor, die zur prioritären Einordnung der Maßnahmen im Bereich Bundesfernstraßenbau im Bundesverkehrswegeplan-Entwurf 2003 geführt haben, und sollen diese Teil der laut Bundesverkehrswegeplan-Entwurf 2003 in den Monaten April/Mai/Juni 2003 stattfindenden Anhörungen/Abstimmungen mit den Ländern sein? |
| 17. Abgeordneter
Marco
Wanderwitz
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung über die jeweiligen Einzelpläne nach Bundesländern hinaus eine die gesamte Bundesrepublik Deutschland umfassende Prioritätenliste der Maßnahmen im Bereich Bundesfernstraßenbau des Bundesverkehrswegeplan-Entwurfs 2003 getrennt nach den Prioritätenstufen aufgestellt, und berechnen sich nach dieser Liste die so genannten Länderanteile in diesem Bereich? |
| 18. Abgeordneter
Thomas
Dörflinger
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Planungen der französischen, deutschen und schweizerischen Bahngesellschaften für eine neue Bahnumfahrung von Basel auf deutscher Seite, die insbesondere dem Güterverkehr dienen soll? |
| 19. Abgeordneter
Thomas
Dörflinger
(CDU/CSU) | Hat die von der DB AG, der schweizerischen SBB, der französischen SNCF und dem Réseau Ferré de France am 20. Februar 2003 veröffentlichte „Trilaterale Plattform Basiliensis“ Eingang in den Entwurf des BMVBW für den Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2003 gefunden, und wenn ja, in welcher Hinsicht? |

20. Abgeordneter
**Georg
Girisch**
(CDU/CSU)
- Wie lässt es sich vereinbaren, dass die Bundesregierung beim Entwurf des BVWP 2003 davon spricht „... Mit diesem neuen Plan werden die Herausforderungen des EU-Binnenmarkts und der Osterweiterung ... stärker berücksichtigt“ und zugleich Bundesstraßenprojekte im grenznahen Raum (z. B. die Ortsumgehung Pressath, 2. Bauabschnitt der Bundesstraße B 299) seitens des BMVBW vom Vordringlichen Bedarf in den Weiteren Bedarf zurückgestuft werden sollen?
21. Abgeordneter
**Peter
Weiß**
(Emmendingen)
(CDU/CSU)
- Welche Gründe haben den Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Dr. Manfred Stolpe, veranlasst, den Ausbau der Bahnstrecke Müllheim–Neuenburg (–Mühlhausen) mit einem Kostenvolumen von 40 Mio. Euro in den Entwurf für den BVWP 2003 aufzunehmen?
22. Abgeordneter
**Peter
Weiß**
(Emmendingen)
(CDU/CSU)
- Welche bestehenden beziehungsweise geplanten vertraglichen Vereinbarungen mit Frankreich und welche auf französischem Gebiet zu realisierenden Ausbaumaßnahmen sind Grundlage für die Aufnahme der Ausbaustrecke Müllheim–Neuenburg (–Mühlhausen) in die Liste der „internationalen Projekte Schiene“ im Entwurf des BMVBW für den BVWP 2003?
23. Abgeordnete
**Ursula
Heinen**
(CDU/CSU)
- Aus welchem Grund wurde mit Margareta Wolf eine Parlamentarische Staatssekretärin aus dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) als Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Bahn AG (DB AG) benannt und nicht jemand aus einem anderen Bundesministerium, wie z. B. aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit oder dem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft oder aus dem zuständigen Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW)?
24. Abgeordnete
**Ursula
Heinen**
(CDU/CSU)
- Wie wird innerhalb der Bundesregierung sichergestellt, dass Margareta Wolf im Aufsichtsrat der DB AG die Interessen der gesamten Bundesregierung und nicht nur die des BMU vertritt?

25. Abgeordneter
**Hartwig
Fischer
(Göttingen)**
(CDU/CSU)

Wie steht die Bundesregierung dazu, dass es bislang keinen vorgeschriebenen Sicherheitsabstand für Windräder zu brandgefährdeten Stätten gibt, obwohl die Feuerwehr bisher keine Möglichkeit hat, brennende Windräder zu löschen und brennende Teile von Windrädern bis zu 500 m weit geschleudert werden können?

26. Abgeordneter
**Manfred
Kolbe**
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob die DB AG, trotz entgegenstehender Zusicherungen des Bundesministers für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Dr. Manfred Stolpe, den Stellenabbau bei den Eisenbahnausbesserungswerken im Freistaat Sachsen betreibt, und welche Standorte im Einzelnen davon betroffen wären (vgl. die Antworten der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Angelika Mertens, auf meine Fragen 20 und 21 in der Fragestunde am 12. Februar 2003 – Plenarprotokoll 15/24, S. 1842 ff.)?

27. Abgeordneter
**Manfred
Kolbe**
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung in diesem Zusammenhang der aktuelle Stand der Privatisierungsbemühungen der DB AG für die Eisenbahnausbesserungswerke im Freistaat Sachsen bekannt, und wie schätzt die Bundesregierung die Erfolgsaussichten dieser Privatisierungsbemühungen der DB AG ein?

28. Abgeordneter
**Volkmar Uwe
Vogel**
(CDU/CSU)

Ist es zutreffend, dass im Zuge der Einführung der LKW-Mautverordnung bis zum 31. August 2003 nur 150 000 Fahrzeuggeräte – anstelle der 800 000 allein für die inländischen Fahrzeuge benötigten – zur Verfügung stehen werden, und wenn ja, wie soll dieser Mangel behoben werden?

29. Abgeordneter
**Volkmar Uwe
Vogel**
(CDU/CSU)

Ist es zutreffend, dass bis zum 31. August 2003 nur ca. 50 % der benötigten Überwachungsbrücken für das elektronische Mauterhebungssystem auf den Bundesautobahnen funktionstüchtig zur Verfügung stehen werden, und wenn ja, wird damit eine flächendeckende und gerechte Mauterhebung für alle Teilnehmer möglich sein?

- | | |
|--|--|
| 30. Abgeordnete
Julia Klöckner
(CDU/CSU) | Welche Rolle kommt bei den aktuellen Gesprächen der DB AG zum Thema „Neues Tarifsysteem“ dem Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Dr. Manfred Stolpe, innerhalb der Bundesregierung zu (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. April 2003)? |
| 31. Abgeordneter
Dr. Peter Jahr
(CDU/CSU) | Ist es zulässig, dass die Kommunen die finanziellen Mittel aus dem Programm Stadtumbau Ost, Teil Rückbau, für mehrere Jahre zusammenfassen und für ein Objekt in einem Jahr konzentrieren? |
| 32. Abgeordneter
Dr. Peter Jahr
(CDU/CSU) | Ist es zulässig, dass die kleineren Kommunen ihre Vorhaben im Rahmen des Programmes Stadtumbau Ost für ein einziges Entwicklungsgebiet ausweisen, oder müssen mehrere Entwicklungsgebiete gebildet werden? |
| 33. Abgeordneter
Kurt Segner
(CDU/CSU) | Welche Gespräche mit der DB AG zum Thema „Neues Tarifsysteem“ werden vonseiten der Bundesregierung von welchem Ressort durchgeführt? |
| 34. Abgeordneter
Kurt Segner
(CDU/CSU) | Zu welchen Ergebnissen führten diese? |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

- | | |
|---|--|
| 35. Abgeordnete
Kristina Köhler
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) | Trifft ein Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 13. März 2003 zu, wonach für Kunststoffbecher und Weißblechdosen nie eine Analyse erstellt wurde, die Aufschluss über den Material- und Energieverbrauch bei Produktion, Befüllen und Distribution – und damit über die Ökobilanz – gibt? |
|---|--|

36. Abgeordnete
Kristina Köhler
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)
- Wenn keine solchen Erkenntnisse zur Ökobilanz von Kunststoffbechern und Weißblechdosen vorliegen, womit begründet die Bundesregierung dann die Befandung solcher Verpackungen?
37. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU)
- Welche Fragen des Tarifsystems der DB AG sollen bei dem Workshop am 11. April 2003 konkret besprochen werden, um (Zitat der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und Aufsichtsratsmitglied der DB AG, Margareta Wolf, aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 2. April 2003) „realistische kurzfristige Veränderungen des Preissystems“ zu erreichen?
38. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU)
- Welche Rolle misst die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Margareta Wolf, hierbei der Bundesregierung zu, wenn sie sich als „Vermittlerin zwischen der Bahn und den Verbänden“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. April 2003) betrachtet?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

39. Abgeordneter
Dr. Hermann Otto Solms
(FDP)
- Wie viel Kapital ist nach Kenntnis der Bundesregierung seit 1998 in Filmfonds geflossen, und in welcher Höhe wurden diese Mittel im Inland investiert?
40. Abgeordneter
Dr. Hermann Otto Solms
(FDP)
- In welcher Höhe flossen öffentliche Mittel von Bund und Ländern im Zeitraum 1998 bis 2002 in die Filmförderung, und in welchem Umfang wurden darüber hinaus seit 1998 durch Investitionen in Filmfonds Steuern gespart?

- | | |
|--|--|
| 41. Abgeordneter
Steffen
Kampeter
(CDU/CSU) | Was waren die Gründe, die die Bundesregierung veranlasst haben, den ehemaligen Staatssekretär im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Uwe-Karsten Heye, in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen, und von wem ging die Initiative hierzu aus? |
| 42. Abgeordneter
Steffen
Kampeter
(CDU/CSU) | Welche Begründung hat die Bundesregierung gegenüber dem Bundespräsidenten geltend gemacht? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

- | | |
|---|--|
| 43. Abgeordneter
Dietrich
Austermann
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung insgesamt die Auffassung des Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung, Franz Thönnies (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. März 2003), dass für das Abschneiden der SPD bei der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein die „Berliner Vielstimmigkeit“ verantwortlich war und dass „in Berlin klar erkennbar werden muss, wie das Gesamtkonzept zur Erneuerung Deutschlands mit sozialem Augenmaß aussieht“? |
| 44. Abgeordneter
Dietrich
Austermann
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, was der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung, Franz Thönnies, mit „etwas“ meint, wenn er in Bezug auf das Kommunalwahlergebnis in Schleswig-Holstein erklärt: „Unsere Kommunalpolitiker sind für etwas abgestraft worden, für das sie in keiner Weise verantwortlich sind“ (Hamburger Abendblatt vom 4. März 2003)? |
| 45. Abgeordneter
Clemens
Binninger
(CDU/CSU) | Wann wird die Bundesregierung den Entwurf eines Gesetzes zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung vorlegen, und wird damit die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses umgesetzt werden? |

46. Abgeordneter
**Clemens
Binninger**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Gesetzentwurf des Bundesrates zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften (Bundesratsdrucksache 819/02 Beschluss), und welche Modifikationen hält sie gegebenenfalls für nötig?
47. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)
- Treffen nach Einschätzung der Bundesregierung die in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 20. März 2003 wiedergegebenen Aussagen des EU-Kommissars für Justiz und Inneres, António Vitorino, zu, wonach kein Vorschlag der Europäischen Kommission in den Bereichen Ausländer-, Asyl- und Zuwanderungspolitik von den Mitgliedstaaten verlange, „auch nur einen einzigen zusätzlichen Einwanderer ins Land zu lassen“, und welche Auswirkungen im Hinblick auf die Zuwanderung nach Deutschland erwartet die Bundesregierung auf Grund der EU-Familienzusammenführungsrichtlinie?
48. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Auffassung des EU-Kommissars für Justiz und Inneres, António Vitorino, der die Ideen der britischen Regierung, Flüchtlinge in Auffanglagern außerhalb Europas unter Obhut des UN-Flüchtlingshilfswerkes unterzubringen, als „interessant“ bezeichnet hat (Süddeutsche Zeitung vom 20. März 2003), und der den Schutz von Flüchtlingen in den betroffenen Regionen präferiert, bevor „sie sich zur italienischen Küste durchschlagen oder nach Berlin“?
49. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(fraktionslos)
- Wie lässt sich die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister des Innern, Fritz Rudolf Körper, auf meine Frage 24 in der Fragestunde am 2. April 2003 zum Stand der Überprüfung der Daten zu Tötungsdelikten von rechts (Plenarprotokoll 15/36, S. 2958 ff.) damit vereinbaren, dass das Landeskriminalamt Brandenburg und das Bundeskriminalamt betonen, die Prüfung der Liste zu Tötungsdelikten von recht sei noch gar nicht abgeschlossen (s. DER TAGESSPIEGEL vom 4. April 2003)?
50. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(fraktionslos)
- Wie viele Mittel wurden vom Bund zur Förderung der Integration von Ausländern und Spätaussiedlern in den letzten zwei Jahren in die jeweiligen Haushalte eingestellt und tatsächlich verwendet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

51. Abgeordnete
**Ina
Lenke**
(FDP)
- Welche Maßnahmen, wie etwa eine Erhöhung der Kilometerpauschale für Fahrten zwischen Wohnort und Arbeitsstelle, wird die Bundesregierung ergreifen, um Berufspendler und deren Familien, die insbesondere im ländlichen Raum auf das Auto angewiesen sind, angesichts der stetig steigenden Benzin-kosten finanziell zu entlasten?
52. Abgeordneter
**Jochen-Konrad
Fromme**
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, den Kommunen die frei werdenden Mittel, die sich aus der von Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner Regierungserklärung vom 14. März 2003 angekündigten Übernahme der Kosten von ca. einer Million Sozialhilfeempfängern durch den Bund ergeben (Plenarprotokoll 15/32, S. 2482 D), ausschließlich zur Stärkung der Kommunalhaushalte zu überlassen, oder verbindet sie damit die Erwartung, dass mit diesen Mitteln neue Aufgaben oder von der Bundesregierung bereits öffentlich angekündigte Vorhaben, z. B. „ein massives Ausweiten der Ganztagsbetreuung“ (Plenarprotokoll 15/13, S. 883 D), finanziert werden?
53. Abgeordneter
**Hans
Michelbach**
(CDU/CSU)
- Gedenkt die Bundesregierung, insbesondere vor dem Hintergrund der voraussichtlichen Überschreitung der zulässigen Defizitmaßnahme von 3 % gemessen am Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr, Maßnahmen zu treffen, damit eine Überschreitung im nächsten Jahr sicher vermieden wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

54. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzs**
(fraktionslos)
- Trifft es zu, dass die geplante Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe bei rund 1,4 Millionen Erwerbslosen zu Einkommensverlusten führen und einer Kürzung von 2,5 Mrd. Euro gleichkommen würde, und trifft es zu, dass bei der Anrechnung von Einkommen etwa des Partners ebenfalls die niedrigeren Freibeträge der Sozialhilfe gelten sollen, bei der Anrechnung von Ersparnissen dagegen diejenigen der Arbeitslosenhilfe (13 000 Euro für Allein-

stehende, das Doppelte für Ehepaare) (Entwurf des Abschlussberichts der Gemeindefinanzreform-Kommission, Frankfurter Rundschau vom 3. April 2003)?

55. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Löttsch**
(fraktionslos)

Welche Beschäftigungseffekte verspricht sich die Bundesregierung von einer Kürzung des Arbeitslosengeldes, insbesondere in strukturschwachen Regionen?

56. Abgeordneter
**Dr. Heinrich L.
Kolb**
(FDP)

Durch welche konkreten Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, dass die Förderung von Bildungsmaßnahmen für lernbeeinträchtigte und lernbehinderte junge Menschen trotz Kürzungen bei den Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit weiterhin gewährleistet ist?

57. Abgeordneter
**Werner
Lensing**
(CDU/CSU)

Ist es zutreffend, dass im Jahr 2002 nur ein Drittel der Absolventen des JUMP-Programms (JUMP: Sofortprogramm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit) nach sechs Monaten eine Anstellung oder eine Lehrstelle hatten, und wie konnte den übrigen Jugendlichen, die weder einen Ausbildungsplatz noch eine Anstellung erhalten haben, auf andere Weise geholfen werden?

58. Abgeordneter
**Werner
Lensing**
(CDU/CSU)

Wie sieht die zukünftige Finanzierung des JUMP-Programmes aus, und auf welche Dauer ist die Maßnahme angesetzt?

